**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/6055**
08. 11. 96

# Fragen

## für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. November 1996

### Verzeichnis der Fragenden

## Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

**1.** Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die in der Zeitung „die tageszeitung" vom 6. November 1996 aus einer bislang unveröffentlichten Studie des Institutes für Arbeitsmarkt-Berufsforschung (IAB) Nürnberg zitierten Daten und Problembeschreibungen zum Problem der Scheinselbständigkeit bestätigen?

**2.** Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann will die Bundesregierung die von ihr in Auftrag gegebene Studie der Öffentlichkeit vorstellen, und in welcher Zeitperspektive will sie den sich ggf. daraus ergebenden politischen Handlungsbedarf umsetzen?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

**3.** Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

In welchem Umfang liegen dem Bundesministerium der Verteidigung 1996 fällige Rechnungen vor, die aber erst 1997 bezahlt werden können, und welche Deckungslücken ergeben sich daraus für den Haushalt des Einzelplans 14 für 1997?

**4.** Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Mit welchen Kosten rechnet das Bundesministerium der Verteidigung für eine inzwischen weitgehend ausgeplante deutsche Beteiligung an der Nachfolgemission von IFOR für das Jahr 1997, und in welchem Titel enthält der Bundeshaushalt für 1997 die erforderlich werdenden Mittel?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

**5.** Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Arzneimittelumsatz in den neuen Bundesländern mit 512 DM je Versichertem der gesetzlichen Krankenversicherung um 14,3% über dem der Versicherten in den alten Bundesländern mit 448 DM liegt (Arzneiverordnungsreport '96; herausgegeben vom Wissenschaftlichen Institut der AOK), und wenn ja, welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen dieses höheren Arzneimittelumsatzes?

**6.** Abgeordneter
**Klaus Kirschner**
(SPD)

Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der abgeschlossenen wissenschaftlichen Begleituntersuchung zu der Erprobungsregelung „Beitragsrückerstattung" nach § 68 SGB V bekannt, die in der Zeit von 1989 bis 1993 bei der Betriebskrankenkasse (BKK)-Wieland-Werke und BKK-Norddeutsche Steingut sowie von 1990 bis 1994 bei der BKK Hoesch, BKK Standard Metall, BKK Haindl und der Landeskrankenkasse Ober- und Mittelfranken durchgeführt wurde, und wenn ja, wie bewertet sie die Ergebnisse?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

**7.** Abgeordneter
**Hans Wallow**
(SPD)

Wie ist es aus Sicht der Bundesregierung miteinander zu vereinbaren, daß einerseits entsprechend den aufgestellten Bedingungen des Ältestenrates des Deutschen Bundestages (Drucksache 12/6615) zeitgleich mit dem Umzug nach Berlin „ausreichender Wohnraum für die vom Umzug Betroffenen vorhanden" sein muß, nach derzeitigem Planungsstand im Jahre 2000 aber allenfalls 4000 der 8000 geplanten Neubauwohnungen in Berlin fertiggestellt sein werden, und wie will die Bundesregierung für den Fall, daß im Jahre 2000 mehrere tausend Wohnungen für umziehende Bedienstete fehlen, dennoch die zitierte Bedingung des Ältestenrates erfüllen?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

**8.** Abgeordneter
**Dr. Egon Jüttner**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, § 1, Abs. 8a des Vermögensgesetzes dahin gehend zu ändern, daß zwischen 1945 und 1949 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der damaligen DDR entschädigungslos konfisziertes und später in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland übergegangenes Eigentum wieder an die früheren Eigentümer zurückgegeben und dieser Personenkreis entsprechend rehabilitiert werden kann?

**9.** Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)

In welcher Höhe erhielten die Ostbüros von SPD, CDU und F.D.P. zur Finanzierung ihrer Tätigkeit Mittel aus Haushaltstiteln der Bundesregierung (vgl. DER SPIEGEL Nr. 25/1990, S. 77), und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich aus der zumindest teilweisen Bundesfinanzierung der Ostbüros eine Einstandspflicht der Bundesrepublik Deutschland für die verfolgten und inhaftierten Mitarbeiter der Ostbüros z. B. über das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz hinaus ergibt?

## Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

**10.** Abgeordneter **Jörg Tauss** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die CDU-Geschäftsstelle Erftkreis presseöffentlich den Vertrieb einer CD-ROM vornimmt, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in Auftrag gegeben und finanziert wurde (vgl. Kölnische Rundschau, Erftkreis, Nr. 237), und wie reagiert sie darauf vor dem Hintergrund, daß auf dem auf besagter CD-ROM angegebenen Text darauf hingewiesen wird, daß sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden dürfte, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte?

**11.** Abgeordneter **Jörg Tauss** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine derartige Veröffentlichung mit diesem Text für vereinbar und falls nein, was beabsichtigt sie zu tun, um dies für die Zukunft zu unterbinden?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

**12.** Abgeordnete **Sabine Kaspereit** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung an konkreten Maßnahmen, um die negativen Folgen der Gesamtvollstreckung der Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SKET) für die Zulieferindustrie abzuwenden?

| | |
|---|---|
| **13.** Abgeordnete **Sabine Kaspereit** (SPD) | Was unternimmt die Bundesregierung, daß die Liquiditätshilfen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben für die Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SKET) zur Begleichung der offenen Forderungen der Zulieferbetriebe genutzt werden? |
| **14.** Abgeordneter **Dr. Uwe Küster** (SPD) | Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse über die Höhe der Außenstände (in DM) von Zulieferunternehmen vom SKET? |
| **15.** Abgeordneter **Dr. Uwe Küster** (SPD) | Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse über die Gesamtzahl der Beschäftigten in den von SKET betroffenen Zulieferunternehmen? |
| **16.** Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD) | Ist es vor dem Hintergrund der SKET-Gesamtvollstreckung richtig, daß im Falle von Folgeinsolvenzen der Zulieferbetriebe die Basis des produzierenden Sektors in der ostdeutschen Wirtschaft dauernden Schaden nehmen würde? |
| **17.** Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD) | Ist es vor dem Hintergrund der SKET-Gesamtvollstreckung richtig, daß im Falle von Folgeinsolvenzen der Zulieferbetriebe die prekäre Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland eine weitere Verschärfung erfährt? |

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

| | |
|---|---|
| **18.** Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, auf die EU-Führerschein-Richtlinie insofern Einfluß zu nehmen, daß das Führen von Beförderungsfahrzeugen (bis zu 21 Personen, z. B. Citybus) nicht nur gemeinnützigen Organisationen, sondern auch kleinen und mittelständischen Busunternehmen ermöglicht wird? |
| **19.** Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD) | Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung interveniert, bzw. ist die Bundesregierung bereit, umgehend bei der niederländischen Regierung gegen die Subventionen von Containerzügen der Niederländischen Staatsbahnen aus den niederländischen Seehäfen in das europäische Hinterland zu intervenieren? |

**20.** Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der deutschen Seehäfen, daß es sich bei der künstlichen Niedrighaltung der Kosten für An- und Ablieferung von Waren aus den niederländischen Häfen um ein „unfaires Verhalten der Konkurrenz" der deutschen Häfen handelt, welches negative Folgen für den Umschlag über die deutschen Häfen hat (s. Meldung der Nachrichtenagentur Reuter vom 7. November 1996)?

**21.** Abgeordnete **Anke Eymer** (CDU/CSU)

Welche Chancen sieht die Bundesregierung, Finanzmittel für den Bau eines Tunnels als Ersatz für die Herrenbrücke im Verlauf der B 75, die nicht aus öffentlichen Haushalten (Bund, Land, Kommune) aufgebracht werden können, durch private Finanzierung aufzubringen, und welche Möglichkeiten der Umsetzung gibt es hierfür?

**22.** Abgeordnete **Anke Eymer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Land Schleswig-Holstein und die Hansestadt Lübeck bereit sind, sich an den Mehrkosten für einen Tunnel als Ersatz für die Herrenbrücke zu beteiligen oder über eine private Finanzierung nachzudenken?

**23.** Abgeordneter **Heinz Schmitt (Berg)** (SPD)

Gibt es hinsichtlich der jetzigen B 9 zwischen dem Grenzübergang bei Lauterbourg und dem Anschluß an die A 65 bei Kandel Süd zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vertragliche Zusagen oder Regelungen für einen autobahnmäßigen Ausbau dieser Strecke?

**24.** Abgeordneter **Heinz Schmitt (Berg)** (SPD)

Hat die Bundesregierung bereits Aufträge für den Ausbau der B 9/Bienwaldautobahn erteilt, bzw. wie ist der derzeitige Planungsstand?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**25.** Abgeordneter **Hans-Peter Kemper** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die jetzt ergangene Entscheidung des 21. Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster hinsichtlich künftiger Einlagerungen beim Brennelemente-Zwischenlager im nordrhein-westfälischen Ahaus, und aus welchen Reaktoren bzw. Wiederaufbereitungsanlagen beabsichtigt die Bundesregierung Brennelemente zumindest mittelfristig in Ahaus einzulagern?

**26.** Abgeordneter **Hans-Peter Kemper** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, daß die fabrikneuen, für den Schnellen Brüter in Kalkar vorgesehenen Brennelemente in das nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus gebracht werden sollten, wie Frau Dr. Angela Merkel im Greenpeace-Magazin von Freitag, dem 18. Oktober 1996, geäußert hat?

**27.** Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung bei der Frage der Güterabwägung zwischen Lufttransport von hochtoxischem spaltbarem Material, insbesondere Plutonium und hochangereichertem Uran aus deutschen Nuklearanlagen innerhalb Europas, und Sicherheitsaspekten angesichts der Tatsache, daß Transportbehälter vom Typ B lediglich Aufprallgeschwindigkeiten bis 48 km/h, Behälter vom (neuen) Typ C bis 324 km/h standhalten müssen, während die Praxis zeigt, daß bei Flugzeugabstürzen deutlich höhere Aufprallgeschwindigkeiten erreicht werden, wie der Absturz einer Frachtmaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al nach dem Start vom holländischen Flughafen Schipol im Jahre 1992 belegt, bei dem die Aufprallgeschwindigkeit 540 km/h betrug, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, zur Sicherung von Lufttransporten hochtoxischen spaltbaren Materials eine Annäherung an die strengere US-Norm – ggf. durch Verminderung der Transportmenge – zu erreichen?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

**28.** Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß Brennstäbe des stillgelegten Schnellen Brüters aus Kalkar in die USA transportiert werden sollen, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache daraus, daß diese zur Produktion von Atombomben weiter verwendet werden können?

**29.** Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung in der Frankfurter Rundschau vom 21. Oktober 1996 veröffentlichten Informationen nachgegangen, nach denen die Firma Advanced Nuclear & Medical Systems (ANMS) dem US-Department of Energy ein

Angebot zur Herstellung von Tritium für das Atomwaffenprogramm mit dem FFTF-Reaktor (Fast, Flux, Test, Facility), in dem ANMS auch die Kalkar-Brennelemente einsetzen will, gemacht hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

**30.** Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sind Vertreter der Bundesregierung an den Verhandlungen zwischen der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) und ANMS beteiligt, und wenn ja, was ist der aktuelle Verhandlungsstand?

**31.** Abgeordneter **Stephan Hilsberg** (SPD)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Arbeit der Kommission für den sozialen und politischen Wandel (KSPW) ein halbes Jahr früher als ursprünglich geplant beenden zu lassen?

**32.** Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem von neutralen Wissenschaftlern vorgelegten Gutachten zum Nutzungskonzept für die Forschungsstation „Schneeferner Haus" ziehen, die als Umweltforschungsstation u. a. zur Klimaforschung im Rahmen des „Weltgipfels" in Rio de Janeiro beschlossenen globalen Umweltüberwachungs-Meßnetzes (Global Atmosphere Watch [GAW]) beitragen sollte und dessen Notwendigkeit jetzt von den Gutachtern in Zweifel gezogen wird (s. Süddeutsche Zeitung vom 2./ 3. November 1996)?

**33.** Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Trifft es zu, daß der Freistaat Bayern aufgrund einer „Verpflichtungserklärung" der Bundesregierung bisher 11,5 Mio. DM in den Umbau des Schneeferner Hauses investiert hat, daß Meßgeräte von der Bundesstiftung Umwelt im Wert von 6 Mio. DM bereitgestellt wurden und daß die Bundesregierung sich jetzt finanziell an dem Projekt nicht mehr beteiligen möchte?

## Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

**34.** Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um den ca. 40000 deutschsprechenden Mozambiquanern es in Mozambique zu ermöglichen, ihre Deutschkenntnisse zu pflegen und gleichzeitig die deutsche Sprache in Mozambique weiter zu verbreiten?

**35.** Abgeordneter
**Michael Teiser**
(CDU/CSU)

Welche Sanktionen hat der Ministerrat der EU mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland gegen die Militärregierung Burmas verhängt, und ist die Bundesregierung bereit, auf vergleichbare Sanktionen gegen die politische Führung des Iran hinzuwirken?

**36.** Abgeordnete
**Dr. Elke Leonhard**
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die Nichteinhaltung ihrer Zusicherung, für die erforderliche, mindestens 8%ige Personalreserve im Auswärtigen Dienst zu sorgen, nachdem seit 1989 keine zusätzlichen Stellen zur Bildung einer angemessenen Personalreserve, die weiter bei nur rd. 1% liegt, geschaffen wurden, obwohl diese Zusicherung im Zusammenhang der Beratung und Verabschiedung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst ausweislich der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses vom 29. Mai 1990, Drucksache 11/7242, in der es heißt: „Für die mehrheitliche Entscheidung, auf eine prozentuale Vorgabe im Gesetzestext zu verzichten, war schließlich die Versicherung der Bundesregierung maßgeblich, sie werde eine Personalreserve in der Größenordnung von 8 bis 10 v. H., wie sie den von der Reformkommission beschriebenen Notwendigkeiten entspreche, durch entsprechende Haushaltsplanung stufenweise verwirklichen", ausdrücklich gegeben worden war?

**37.** Abgeordneter
**Rolf Schwanitz**
(SPD)

Sind der Bundesregierung die Ausführungen des Leiters der Abteilung Rehabilitierung bei der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Förderation, L. P. Kopalin, auf mehreren Veranstaltungen im Mai d. J. (Halle-Forum III der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft vom 18. bis 20. Mai 1996 in Halle sowie Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Aus der Geschichte lernen – Zukunft gestalten" vom 12. bis 15. Mai 1996 in Brehna) bekannt, daß auch Angehörige anderer Staaten, die politischen Repressionen auf dem heutigen Gebiet der Russischen Föderation ausgesetzt waren, unabhängig von ihrem derzeitigen Wohnsitz gemäß § 1 einer „Verordnung über die Zahlung von Entschädigungen an Personen, die nach dem Gesetz der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen rehabilitiert wurden" Anspruch auf Haftentschädigung durch die Russische Föderation haben?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

**38.** Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft kann die Bundesregierung erteilen über die aktuelle Zahl der Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes (BGS), die in Landkreisen an der deutschen Ostgrenze wohnen, aber an auswärtigen Dienststellen eingesetzt, sind ferner über die aus den alten Bundesländern stammenden Beschäftigten in Dienststellen an der Ostgrenze sowie über die hierfür im 1. Halbjahr 1996 insgesamt zu zahlenden Trennungsgelder und Reisekostenerstattungen, und unter welchen persönlichen sowie fachlichen Voraussetzungen wird – angesichts der bei BGS-Verbänden im Landesinnern zu absolvierenden Ausbildung – Einsatzwünschen in Dienststellen an der Ostgrenze entsprochen?

**39.** Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu, daß von den einst etwa 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, deren Arbeitsvertrag befristet und deren Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen sind, inzwischen zahlreiche eine Entfristung ihrer Arbeitsverträge beantragt haben, rd. 350 entsprechende Klagen erhoben haben sowie rd. 50 Beschäftigte diese bereits – z. T. sogar zweitinstanzlich und rechtskräftig – gewonnen haben, und welche Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Prozeßniederlagen – insbesondere durch freiwillige Entfristung der Verträge – wird die Bundesregierung angesichts des Umstandes ergreifen, daß eine bloße nochmalige Schiebung der k.w.-Vermerke wegen des anhaltend hohen Arbeitsanfalls der Behörde sowie der gerade beschlossenen Verlängerung der Geltung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes um neun Jahre ausscheiden dürfte?

**40.** Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Jugendkriminalität seit 1989 – bei noch relativ niedrigen absoluten Zahlen – erheblich zugenommen hat, während die Kriminalität von Personen ab dem 25. Lebensjahr praktisch unverändert geblieben ist?

**41.** Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung insbesondere daraus, daß die Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden bei Diebstahl und Gewaltdelikten in den neuen Bundes-

ländern zwei- bis dreimal höher ist als bei den entsprechenden Altersgruppen in den alten Bundesländern, obwohl die in den neuen Bundesländern gerichtlich verhängten Strafen erheblich höher sind?

**42.** Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Sind die Gruppen aus dem Bereich „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus" in die Aufklärungs- und Informationsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesministeriums des Innern im Sinne der Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung" einbezogen?

**43.** Abgeordnete **Renate Rennebach** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung in der Fachliteratur, wonach sich für fast alle deutschen Gruppen aus dem neugermanisch-heidnischen Spektrum „ein gemeinsamer Hintergrund sowie gute nationale und internationale Kontakte feststellen" läßt (vgl. Stefanie v. Schnurrbein, Neugermanisch-heidnische Gruppierungen. Zwischen New Age und Rechtsextremismus, in: Richard Faber u. a. [Hrsg.], Rechtsextremismus, Ideologie und Gewalt. Publikation der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 5, Berlin 1995, S. 208)?

**44.** Abgeordneter **Siegfried Vergin** (SPD)

Welche Gefährdung der inneren Sicherheit durch neugermanisch-heidnische Gruppen besteht, wenn es eine „Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen" gibt und „in einigen neugermanisch-heidnischen Gruppen Rechtsextremisten aktiv sind" (Drucksache 13/5434, S. 10)?

**45.** Abgeordneter **Siegfried Vergin** (SPD)

Warum finden vor dem Hintergrund der in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drucksache 13/5434) aufgeführten Erkenntnisse der Bundesregierung über Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und neugermanisch-heidnischen Gruppen diese Gruppen als eigene Kategorie bislang keine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht?

**46.** Abgeordneter **Hans-Werner Bertl** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die internationalen Kontakte deutscher neugermanisch-heidnischer Gruppen vor dem Hintergrund, daß in der wissenschaftlichen Fachliteratur darauf hingewiesen wird, daß „Gruppen wie der Asgard-Bund in Berlin oder die Gylfiliten, die Hitler zu ihrem Heiligen gemacht haben, politische Zielsetzungen in den Vordergrund (stellen). Auch in den USA, Großbritannien und in

Skandinavien entstanden seit den 70er Jahren neugermanisch-heidnische Gruppen, in denen im ganzen gesehen ähnliche Tendenzen manifest werden. Die Verbindungen zwischen diesen Gruppen und deutschen Vereinigungen sind rege und werden durch Schriftverkehr, inhaltlichen Austausch in Zeitschriften und gegenseitige Besuche aufrechterhalten" (vgl. Stefanie v. Schnurrbein, Neugermanisch-heidnische Gruppierungen. Zwischen New Age und Rechtsextremismus, in: Richard Faber u. a. [Hrsg.], Rechtsextremismus, Ideologie und Gewalt. Publikation der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 5, Berlin 1995, S. 208)?

**47.** Abgeordneter **Hans-Werner Bertl** (SPD)

Hält die Bundesregierung beim Problembereich „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus", auch vor dem Hintergrund der von ihr in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drucksache 13/5434) dargestellten Beispiele für eine europäische Vernetzung der neugermanisch-heidnischen Gruppen, eine Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der EU für notwendig, und was wird sie in dieser Hinsicht unternehmen?

**48.** Abgeordnete **Erika Lotz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung zwischen neugermanisch-heidnischen Gruppen und der Esoterik- und New-Age-Szene ideologische oder sonstige Anknüpfungen?

**49.** Abgeordnete **Erika Lotz** (SPD)

Welche Erkenntnisse, insbesondere in verfassungsschutzrelevanter Hinsicht, hat die Bundesregierung bezüglich des Agierens neugermanisch-heidnischer Gruppen im Internet, beispielsweise im Thule-Network?

**50.** Abgeordnete **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine systematische Beobachtung neugermanisch-heidnischer Gruppen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz für angebracht, und wenn ja, findet diese Beobachtung statt?

**51.** Abgeordnete **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast** (SPD)

Welche Gründe sprechen dafür, daß bei der Entscheidung über die „Beobachtung" von Gruppierungen aus dem Bereich „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus" (Drucksache 13/5434) insbesondere auch die grundgesetzliche Garantie der Religions- bzw.

Weltanschauungsfreiheit zu berücksichtigen ist – vor dem Hintergrund einschlägiger Kommentare in der juristischen Fachliteratur (z. B. Borgs-Maciejewski/Ebert, Das Recht der Geheimdienste, Kommentar zum Bundesverfassungsschutzgesetz sowie zum G 10/München 1986), wonach es prinzipiell keine „verfassungsschutzfreien Zonen" gibt, auch nicht in grundgesetzgeschützten Bereichen?

**52.** Abgeordnete **Gisela Schröter** (SPD)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Ausbreitung und Aktivitäten „neugermanisch-heidnischer Gruppen" in den einzelnen skandinavischen Ländern und in Großbritannien und deren Verbindungen zu deutschen Gruppen vor, und gibt es im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit diesem Problembereich eine spezielle Zusammenarbeit mit diesen Ländern?

**53.** Abgeordnete **Gisela Schröter** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Jürgen Rieger, Rechtsanwalt, führendes Mitglied und Sympathisant verschiedener rechtsextremer und neuheidnischer Gruppen (vgl. Verfassungsschutzbericht Hamburg 1995), für seinen neuen schwedischen Standort EU-Gelder beantragt und erhalten hat, und hat die Bundesregierung die antragsbewilligende Behörde über den Antragsteller Jürgen Rieger informiert und gegen einen solchen Antrag und dessen Bejahung protestiert?

**54.** Abgeordnete **Angelika Mertens** (SPD)

Welche näheren Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Sozialstruktur innerhalb der Mitgliedschaft des „Bundes für Gotteserkenntnis (Ludendorff) e. V."?

**55.** Abgeordnete **Angelika Mertens** (SPD)

Welche Auflage hat die vom „Bund für Gotteserkenntnis (Ludendorff) e. V." herausgegebene Schrift „Mensch und Maß", die in der Vergangenheit mehrfach in Verfassungsschutzberichten des Bundes erwähnt worden ist (vgl. Drucksache 13/5434), und welche Rückschlüsse lassen sich daraus ableiten für den Umfang der Anhängerschaft des „Bundes für Gotteserkenntnis (Ludendorff) e. V."?

**56.** Abgeordneter **Rolf Kutzmutz** (PDS)

Auf welchen Beschluß des Deutschen Bundestages wurde in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (Drucksache 13/5810) Bezug genommen, daß die Benennung, welche Stiftungen aus Kapitel 23 02 des Bundeshaushalts finanziert werden, sich nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Gewährung der Globalzuschüsse aus dem Einzelplan 06 richtet, und wie lautet er?

**57.** Abgeordneter **Rolf Kutzmutz** (PDS)

Wer hat die Entscheidung für das Haushaltsjahr 1996 getroffen, und wo ist sie verzeichnet, wenn es sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (Drucksache 13/5810) nicht um einen Beschluß des Deutschen Bundestages handeln sollte?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

**58.** Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ein Zollboot aus Passau nach Rostock zu verfrachten, und falls ja, mit welcher Begründung?

**59.** Abgeordnete **Iris Follak** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß nachweislich rechtsextremistisch agierende Vereine „gemeinnützig anerkannt" sind, und wenn nein, welche Schritte werden jeweils unternommen, die Gemeinnützigkeit abzuerkennen?

**60.** Abgeordnete **Iris Follak** (SPD)

Sind der Bundesregierung Hinweise der Landesämter für Verfassungsschutz an die zuständigen Behörden bekannt, extremistisch agierenden Vereinen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen?

Bonn, den 8. November 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333